

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Norbert Mittrücker (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung

Haltung der Landesregierung zur Reform des EEG

Die **Kleine Anfrage 2419** vom 27. Juni 2014 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Position hatte die Landesregierung zu den Vereinbarungen der Ministerpräsidenten und der Bundesregierung zu den Eckpunkten der Reform des EEG eingenommen?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Mengenziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien, wie sie im Regierungsentwurf zur Reform des EEG vorgesehen sind, vor dem Hintergrund der eigenen Ausbauziele für Rheinland-Pfalz?
3. Wie beurteilt die Landesregierung den bis heute erreichten Stand der Beratungen des Regierungsentwurfs zur Reform des EEG?
4. Sieht die Landesregierung schwerwiegende Gründe für eine Ablehnung der EEG-Reform im Bundesrat und wenn ja, welche?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 17. Juli 2014 wie folgt beantwortet:

Die Energiewende ist bundesweit und in Rheinland-Pfalz eine Erfolgsgeschichte. Sie ist zugleich ein zentrales Projekt der Landesregierung. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist hierbei eine wesentliche Voraussetzung für den Umbau des Stromversorgungssystems weg von fossilen und atomaren Brennstoffen und hin zu erneuerbaren Energien. Das EEG war die Grundlage für den mit großer Dynamik erfolgten Ausbau der erneuerbaren Energien. So konnte durch eine auf 20 Jahre garantierte Vergütung und durch den Einspeisevorrang für Strom aus erneuerbaren Energien der Marktanteil der regenerativen Stromerzeugung auf bereits mehr als 25 % gesteigert werden.

Der zunehmende Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung erfordert eine Weiterentwicklung des EEG zur Marktintegration von Strom aus erneuerbaren Energien und zur Umsetzung der zukünftigen Systemverantwortung der Erneuerbare-Energien-Anlagen.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die vorgenannte Kleine Anfrage im Namen der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1:

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat das Gesetzgebungsverfahren für das EEG 2014 aktiv und konstruktiv begleitet. Bereits im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens wurden wichtige Vorschläge in den Diskurs über die Neugestaltung dieses Gesetzes eingebracht.

Die zentralen rheinland-pfälzischen Positionen zur Novelle des EEG wurden sowohl durch Ministerpräsidentin Dreyer im Rahmen der Gespräche der Bundeskanzlerin Merkel mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 1. April 2014 als auch im direkten Austausch zwischen Wirtschaftsministerin Lemke und Bundeswirtschaftsminister Gabriel eingebracht. Die bei diesen Gesprächen vereinbarten Modifikationen des Gesetzentwurfs hatten im Wesentlichen einen übergeordneten, allgemeinen Charakter. Darüber hinaus waren noch zahlreiche Detailfragen zu klären, die im Rahmen der Befassung der Ausschüsse des Bundesrates zu rund 100 Änderungsvorschlägen geführt haben.

b. w.

Letztendlich hat der Bundesrat zur EEG-Novelle insgesamt 19 Änderungen vorgeschlagen und vier Entschließungen angenommen. Hierbei fanden fünf Anträge aus Rheinland-Pfalz länderübergreifende Unterstützung, die insbesondere für die erfolgreiche und dynamische Fortführung der Energiewende vor dem Hintergrund der Investitionssicherheit und der Akteursvielfalt notwendig sind.

Zu Frage 2:

Der neue Ausbaukorridor für die Erneuerbaren im Stromsektor spiegelt mit den Zwischenschritten 40 bis 45 % in 2025 (bisher 35 % bis 2020) sowie 55 bis 60 % bis 2035 (bisher 50 % bis 2030) nicht den dynamischen Ausbau der Erneuerbaren im Stromsektor der vergangenen Jahre wider. Bei Beibehaltung der derzeitigen Ausbaugeschwindigkeit wäre auf Bundesebene ein deutlich höherer Anteil der Erneuerbaren in der Stromerzeugung bis 2025 zu erreichen gewesen. Allerdings bleibt auch bei dem jetzigen Ausbaupfad ein Handlungsspielraum, den wir nutzen können. Eine konkrete Abschätzung, ob und inwieweit die rheinland-pfälzischen Ziele durch die in der EEG-Novelle vorgesehenen Regelungen angepasst werden müssen, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht erfolgen, da die Auswirkungen der Novelle auf die Entscheidungen der Projektierer und Investoren erst bei den kommenden Projekten sichtbar werden.

Zu Frage 3:

Die Beratungen zum Gesetzentwurf erfolgten unter großem Zeitdruck. Im Rahmen der Bundesratsbefassung war eine enorme Zahl von Änderungsvorschlägen zu bewerten. Ein Großteil der Vorschläge des Bundesrates wurden von der Bundesregierung leider nicht übernommen.

Wesentliche Änderungen erfuhr die am 27. Juni 2014 vom Bundestag verabschiedete Novelle des EEG auf Antrag der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD bei den Regelungen für neue Eigenstromerzeugungsanlagen und zum Ausschreibungsmodell. Auch führten die jüngsten Einwände der EU-Kommission nochmals zu kurzfristigen Änderungen des Gesetzentwurfes. Insgesamt ist daher aus Sicht der Landesregierung festzuhalten, dass der Gesetzentwurf bei etlichen Punkten nach wie vor zu kritisieren ist.

Zu Frage 4:

Durch die Vorlaufzeit in den Verwaltungsverfahren zur Begrenzung der EEG-Umlage bei den stromkostenintensiven Unternehmen würde ein Inkrafttreten des Gesetzes nach dem 1. August 2014 zu einer starken Belastung dieser Betriebe führen. Von einer Anrufung des Vermittlungsausschusses wurde, trotz bestehender Bedenken der Landesregierung zu einigen Punkten, abgesehen, um das Inkrafttreten der EEG-Novelle nicht zu verzögern.

Eveline Lemke
Staatsministerin